

An die Oberbürgermeisterin
der Stadt Bochum
Frau Dr. Ottilie Scholz

Altes Postgebäude
Willy-Brandt-Platz 1-3
44777 Bochum

Telefon: (0234) 910 - 1295 / -1296
Fax: (0234) 910 - 1297
email: linksfraktion@bochum.de
www.linksfraktion-bochum.de

Bochum, den 14.9.2010

Antrag

zur Sitzung des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft am 28.9.2010

Schulentwicklungsplanung - Gemeinschaftsschulen

Der Ausschuss möge folgenden Beschluss fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, zum künftigen Schulentwicklungsplan Modelle für Gemeinschaftsschulen zu erarbeiten. Diese sollen in möglichst allen Stadtbezirken aus bisherigen Sekundarschulen entstehen, integrativ zu mittleren Schulabschlüssen führen und anschließend auch – in kooperierenden Oberstufen – nach 9 Jahren zum Abitur.

Die Grundschulleitern, der Kinder die 3. oder 4. Klasse besuchen, sollen über die Schulmodelle informiert und zunächst anonym befragt werden, ob sie ihr Kind nach dem 4. Schuljahr zu einer Gemeinschaftsschule anmelden wollen.

Die Verwaltung wird ferner beauftragt, in der Schulentwicklungsplanung aus Einsparmöglichkeiten Vorschläge zu entwickeln, wie diese für bessere Schulen reinvestiert werden können.

Begründung:

Nach dem Regierungswechsel in Nordrhein-Westfalen besteht die Chance zur strukturellen Reform der Sekundarschulen. Kommunale Schulmodelle von Gemeinschaftsschulen werden möglich. Die bisherigen Überlegungen der Schulverwaltung zum künftigen Schulentwicklungsplan verharren noch im Selektionssystem der Dreigliedrigkeit. Ein Wechsel zu Gemeinschaftsschulen ist eine politische Grundsatzentscheidung, die gemeinsam mit den Betroffenen und im Ausschuss für Bildung und Wissenschaft beraten werden muss. Die Mehrheit der im Rat vertretenen Parteien ist zuletzt im Landtagswahlkampf für längeres gemeinsames Lernen und Gemeinschaftsschulen eingetreten. Diese Ziele können jetzt in Modellversuchen verwirklicht werden. Die breite politische Diskussion darüber muss nicht nur mit und in den Sekundarschulen geführt werden, die als Gemeinschaftsschule in Frage kommen, sondern ebenso mit den Grundschulleitern, deren Kinder demnächst von der beabsichtigten Strukturreform profitieren können.

Eine Strukturreform der Sekundarschulen ist in Bochum dringend geboten. Hauptschulen sind kaum noch gefragt. Für das begonnene Schuljahr 2010/2011 konnten die Hauptschulen nur noch 111 Erstanmeldungen verzeichnen (3,9%). Die Gesamtschulen mussten dagegen wiederum – diesmal 87 – Kinder abweisen. Erheblich rückläufig sind die Anmeldungen zu den Realschulen, während die Gymnasien weiter starken Zuspruch haben.

Die systemimmanenten Vorschläge der Verwaltung plädieren für die auslaufende Schließung von 2 Realschulen (Helene Lange und Hans Böckler) und den Fortbestand von 4 mindestens 2-zügigen Hauptschulen mit Einbeziehung der formal selbstständig bleibenden Katholischen Hauptschule, obwohl nach den Erstanmeldungen nicht einmal 6 Hauptschulklassen gebildet werden könnten und erst abgewiesene Gesamtschüler/innen und Zugänge mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Gemeinsamen Unterricht ein Überleben dieser nicht mehr gewünschten Schulform überhaupt noch ermöglichen. Bei den Gesamtschulen wird bisher auf Planungsvorsorge dafür verzichtet, dass in Zukunft dort alle Bewerber/innen aufgenommen werden können: Hier ist nicht einmal mehr die vorübergehende Erhöhung der Zügigkeit angedacht, die für Gymnasien im Gegensatz dazu im laufenden Schuljahr umstandslos verwirklicht wurde.

Das bestehende Selektionssystem nach Klasse vier verfestigt die ungleichen Bildungschancen für Kinder aus bildungsfernen und sozial benachteiligten Familien. Aus dem Sozialbericht 2008 der Stadt Bochum wissen wir, dass die Übergänge zu den weiterführenden Schulen die Armutsspaltung in unserer Stadt widerspiegeln. Arme und Migrantenkinder müssen weit häufiger als andere auf Hauptschulen wechseln und bleiben dann später ohne Ausbildungsplatz und arbeitslos. Nach der Schulabgängerbefragung 2010 der Verwaltung hatten nur 12,6 % der Hauptschulabsolvent/innen eine Ausbildungsstelle und der Anteil der unversorgten ausländischen Jugendlichen war im Vergleich zum Vorjahr wiederum um 7,2 % gestiegen. Integrative Ganztagsgemeinschaftsschulen sind am besten geeignet, mit kompensierenden Förderprogrammen benachteiligten Kindern und Jugendlichen zu besseren Schulabschlüssen und Lebenschancen zu verhelfen.

Strukturelle Veränderungen der Sekundarschulen sind eine notwendige, nicht aber schon hinreichende Voraussetzung für Chancengleichheit. Gemeinschaftsschulen brauchen kleinere Lerngruppen, dafür muss das Land die personellen Voraussetzungen schaffen. Reformimpulse der Kommunen, auch aus Bochum, werden dazu das Land in die politische Pflicht nehmen.

Strukturreformen für bessere Schulen kosten Geld. Bildung ist die entscheidende Zukunftsinvestition für jetzige und kommende Generationen. Was als Folge der demografischen Entwicklung durch Schließung einzelner Schulen nachhaltig gespart werden kann, muss für bessere Schulen im Schulhaushalt bleiben. Die Schulentwicklungsplanung soll deshalb nicht nur Einsparpotentiale benennen, sondern zugleich Vorschläge entwickeln, wie Einsparungen für bessere Schulen reinvestiert werden können.

Für die Fraktion

Ralf Feldmann